

# Voraussetzung für regionale Anpassung geschaffen

ZT Zahntechnik Zeitung im Gespräch mit Eckhart Lewering, Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung

**ZT** Die rot-grüne Regierung führt ab 2005 einen bundeseinheitlichen Durchschnittspreis für zahntechnische Leistungen ein. Dies führt bekanntermaßen zu einer Absenkung in den alten und einer Anhebung der Preise in den neuen Bundesländern. Wie ist es Ihnen gelungen, diese Regelung gegenüber Ihren westdeutschen Fraktionsmitgliedern durchzusetzen?

Die Festlegung bundesweit einheitlicher Durchschnittspreise war eine zwangsläufige Folge der Entscheidung, den Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen herauszunehmen und einer zusätzlichen von den Bürgern abzuschließenden Versicherung zu übertragen. Entscheidend ist dabei, dass die Versicherten bundesweit einen einheitlichen Beitrag zahlen und damit auch einen einheitlichen Anspruch auf Zahnersatz bzw. einen einheitlichen Festzuschuss haben sollen. Die Festsetzung bundesweit einheitlicher Festzuschüsse macht die Festlegung bundesweit einheitlicher Durchschnittspreise notwendig.

Die Angleichung erfolgt erst jetzt, weil die Ausgliederung des Zahnersatzes aus dem Leistungskatalog und der damit verbundene Festzuschuss dies jetzt notwendig macht.

**ZT** Welchen Einfluss hat die Kooperationsgemeinschaft der ostdeutschen Zahntechniker-Innungen auf diese Gesetzgebungsverfahren genommen?

Die Kooperationsgemeinschaft ostdeutscher Zahntechniker-Innungen hat in zahlreichen intensiven Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen die spezifische Problemsicht der Laborbetreiber in den neuen Ländern verdeutlicht. Dabei wurden auch eigene Problemlösungsvorschläge erarbeitet und in den politischen Diskussionsprozess eingebracht (z.B. Vorschlag für mehr Ausbildung). Die Vertreter der ostdeutschen Zahntechniker um Herrn Müller aus Leipzig waren dabei immer sehr gut informiert und blieben stets am Ball. All dies sind Voraussetzungen dafür, um im manchmal zähen politischen Alltagsgeschäft etwas zum Positiven zu verändern.

**ZT** Warum kommt diese Angleichung erst jetzt?

**ZT** Durch die Intervention des VDZI wurde der Entwurf

noch einmal geändert. Glauben Sie, dass durch die Korridor-Regelung von 5 % es tatsächlich Verhandlungsabschlüsse geben wird, die über dem Durchschnittspreis liegen werden? Halten Sie regionale Preisunterschiede für sinnvoll?

Regionale Preisunterschiede wurden vom Bundesverband der Zahntechniker ausdrücklich gewünscht. Obes Abschlüsse geben wird, die über dem Durchschnitt liegen, ist eine Frage des praktischen Verhandlungsgeschicks auf der einen und einer der finanziellen Möglichkeiten auf der anderen Seite. Durch die Neuregelung leisten wir die Voraussetzung dafür, dass sich die regionalen Unterschiede in Zukunft vermindern können, auch wenn wir uns letztlich nicht in dem Umfang durchsetzen konnten, wie wir uns das gewünscht hätten. Aber die Gesundheitsreform ist nun einmal ein Kompromiss.

**ZT** Der VDZI ist derzeit vor der Politik bemüht, die 5%ige Absenkung von zu Beginn des Jahres rückgängig zu machen. Wie sehen Sie die Erfolgsaussichten bezüglich einer Rücknahme dieser Zwangsabsenkung?

Nein, dieses Begehren dürfte nicht von Erfolg gekrönt sein.

Ich gebe zu bedenken, dass die Absenkung aus finanziellen Gründen erforderlich war. Alle müssen einen Beitrag zur Konsolidierung der GKV-Finzen leisten, auch die Zahntechniker.

**ZT** Glauben Sie, dass die Unterschiede der Produktionskosten zwischen Ost und West noch so gravierend sind, dass sich dadurch ein zum Teil 30%iger Preisunterschied für zahntechnische Leistungen unter den alten und neuen Bundesländern rechtfertigen lässt?

Ich denke, dass die Höhe der Vergütung nicht alleine von den Produktionskosten abhängen kann, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Versicherer beachten muss. Diese liegt im Osten nach wie vor deutlich unter der der Versicherer im Westen. Zudem sollten diejenigen, die diese Zahl in den Raum gestellt haben, erst einmal überprüfen, ob sie stimmt. Ich habe da Zweifel.

**ZT** Durch die neuen Zahnersatz-Richtlinien wurden Teile aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen (z.B. Geschiebe [Haltevorrichtungen] oder Zahnsteinentfernung nur noch einmal

jährlich). Müssen Patienten in Zukunft noch mit weiteren Kürzungen und höheren Zahlungen rechnen? Dies ist alleine eine Sache der Vertragspartner.

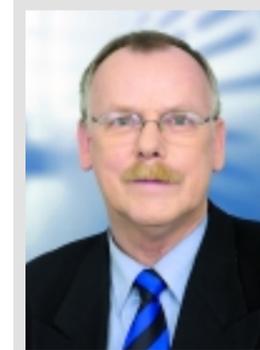
**ZT** In den neuen Bundesländern ist der Anteil der so genannten 100-Prozent-Fälle (Härtefallregelung) wesentlich höher, als in den alten Bundesländern. Wie wird das im GMG berücksichtigt? Soweit Versicherte durch die Festzuschüsse übersteigen den Kosten des Zahnersatzes unzumutbar belastet werden, werden diese Kosten von der Krankenkasse ganz oder teilweise übernommen. Hierdurch können Krankenkassen mit einer großen Zahl von Härtefällen erheblich belastet werden. Da alle Krankenkassen für die Deckung der Ausgaben für Zahnersatz nur einen einheitlichen Beitrag von ihren Mitgliedern erheben können, kann sich für Krankenkassen mit einer großen Zahl von Härtefällen die Notwendigkeit ergeben, die von diesem Beitrag nicht gedeckten Leis-



tungsausgaben für Zahnersatz aus ihrem allgemeinen Beitragsaufkommen zu finanzieren. Das GMG sieht vor, dass die härtefallbedingten Mehraufwendungen der Krankenkassen beim Zahnersatz durch einen Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen finanziert werden. Hierdurch sollen Wettbewerbsverfälschungen zwischen Krankenkassen auf Grund der unterschiedlich hohen Zahl von Härtefällen bei den einzelnen Krankenkassen abgebaut werden. **ZT**

**ZT** Haben Sie vielen Dank für das interessante Gespräch.

## ZT Kurzvita



Eckhart Lewering, MdB

- geboren 23.10.1943 in Graal-Müritz
- seit 1998 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Tätigkeitsschwerpunkt: Gesundheitspolitik
- Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung, Tätigkeitsschwerpunkte: Rehabilitation und Prävention, Krankenkassenreform (Risikostrukturausgleich), Einführung neuer Abrechnungssysteme im Krankenhausbereich (Fallpauschalen) sowie Gesundheitshaushalt des Bundes.

# „Die entstandene Ost/West-Diskussion ist bedauerlich und in der Schärfe überflüssig“

ZT Zahntechnik Zeitung im Gespräch mit ZTM und Betriebswirt des Handwerks Carsten Müller/Leipzig

**ZT** Herr Müller, seit rund einem Jahr gibt es die Kooperationsgemeinschaft ostdeutscher Zahntechniker-Innungen. Sie waren Mit-Initiator dieser Gemeinschaft. Warum wurde diese gegründet?

Wie bekannt ist, hat die rot-grüne Regierung im Herbst 2002 die Preise für zahntechnische Leistungen bundesweit per Vorschaltgesetz um 5 Prozent abgesenkt. Wir haben das in den neuen Bundesländern als eine große Ungerechtigkeit empfunden, da wir zum damaligen Zeitpunkt bereits eine Preisdifferenz von 20 Prozent gegenüber den alten Bundesländern hatten. Somit war eine unerträgliche Schmerzgrenze erreicht. Wir haben zunächst das Gespräch mit dem VDZI gesucht. Dort signalisierte man uns zwar Verständnis, gab uns aber zu verstehen, dass es keine gesonderten Initiativen gäbe, um die neuen Bundesländer von der 5 %-Absenkung zu befreien. Auch lag kein Konzept vor, das vorgab, wie man die Betriebe in den neuen Bundesländern an das Niveau der alten Bundesländer anpassen wollte. Mit dieser Situation konnten und wollten wir uns nicht zufrieden geben. Daraufhin haben alle ostdeutschen Innungen beschlossen

zu kooperieren und gründeten die Kooperationsgemeinschaft der ostdeutschen Zahntechniker-Innungen. Diese vertritt 20.000 Mitarbeiter in 1.900 Betrieben. Die Gründung war notwendig, um gegenüber den Ministerien, Fraktionen und Abgeordneten Einigkeit zu demonstrieren. Wir haben dann Kontakt zum Gesundheitsausschuss der SPD-Fraktion aufgenommen. Die Kooperationsgemeinschaft hat sich gebildet, um die Vergütungsproblematik parlamentarisch zu thematisieren. Wir haben immer zu einem starken VDZI gestanden und tun das auch heute noch. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der VDZI über jeden unserer Schritte informiert war.

**ZT** Also sind Sie der Auffassung, dass der VDZI zu wenig für die ostdeutschen Zahntechniker getan hat? Was haben Sie bisher erreicht?

Ich gebe Ihnen dahingehend Recht, dass die Vergütungsproblematik – aus welchen Gründen auch immer – nicht intensiv genug verfolgt wurde, zumal man uns bei unseren Gesprächen mit Regierungsvertretern in Berlin versichert hat, dass dieser Preisunterschied nicht einmal bekannt war. Wir haben zunächst einmal er-

reicht, dass die Preisdifferenz zwischen Ost und West in Berlin im Ministerium und in den einzelnen Fraktionen thematisiert wurde. Wir wurden dann aufgefordert, einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Dieser wurde dann dem Ministerium vorgelegt. „Das Berliner Modell“ sah eine schrittweise Angleichung bis 2006 vor, finanziert aus den Einsparungen durch rückläufige Ausgaben der GKV im Bereich des Zahnersatzes.

**ZT** Den ostdeutschen Innungen wird der Vorwurf gemacht, sie seien am bundesdurchschnittlichen Einheitspreis schuld. Stimmt diese Behauptung?

Nein, eindeutig nicht. Der bundesdurchschnittliche Einheitspreis ist eine Voraussetzung für einen einheitlichen Tarif. Nur so ist gewährleistet, dass ein Patient für einen einheitlichen Beitragssatz der Krankenkassen auch einen einheitlichen finanziellen Gegenwert erhält.

**ZT** Von Seiten einiger westdeutscher Innungen wird behauptet, es bestünde gar keine Notwendigkeit zur Anhebung der BEL-Preise im Beitrittsgebiet. Wie sehen Sie die Situation?

14 Jahre nach der Wende haben

auch die Zahntechniker in Ostdeutschland Anspruch auf gleiche Vergütung für gleiche Leistungen. Dies ist ein erklärtes Wahlziel aller Parteien gewesen. Im Übrigen werden alle anderen Leistungserbringer wie Zahnärzte und Ärzte ebenfalls angeglichen. Auffällig ist, dass bei keinem anderen Leistungserbringer die Differenz in den Preisen so hoch wie bei den Zahntechnikern ist. Die Angleichung ist zwingend notwendig, um die Existenz der Betriebe in den neuen Ländern zu sichern und ihren Mitarbeitern angemessene Einkommensmöglichkeiten zu verschaffen.

**ZT** Wie glauben Sie, kann der nun offene Konflikt zwischen Ost und West gelöst werden?

Die entstandene Ost/West-Diskussion ist bedauerlich und in der Schärfe überflüssig. Wir haben Verständnis für die Verärgerung der Innungen Niedersachsens, Bayern und Hamburg, die extrem stark abgesenkt werden, sind aber für die Situation nicht verantwortlich. Wir müssen die Interessen unserer Mitgliedsbetriebe vertreten. Der Konflikt kann nur durch einen fairen, offenen Dialog überwunden werden. Wir sind jederzeit bereit dazu.

**ZT** Wie beurteilen Sie die Austrittspläne der Innungen Nord- und Südbayern aus dem VDZI?

Bei allem Verständnis für die Situation der beiden Innungen halte ich die Reaktion für überzogen und verantwortungslos. Wir werden auch in Zukunft einen starken VDZI benötigen. Da sind Austritte wenig konstruktiv für die Schaffung vernünftiger Rahmenbedingungen. Auch die in der Presse veröffentlichte Darstellung des OM Rudolf Lamml (Nordbayern) ist falsch und greift den VDZI-Präsidenten Lutz Wolf ungerechtfertigt scharf und persönlich an.

**ZT** Sie sind kein gewähltes Vorstandsmitglied einer dieser Innungen. Weshalb, glauben Sie, hat man ausgerechnet Sie zum Pressesprecher der Gemeinschaft ernannt?

Auf Grund meiner Initiative

und persönlicher Kontakte ist es uns gelungen, bei Parteien und Fraktionen in Berlin vorstellig zu werden. Nach der Gründung der Kooperationsgemeinschaft hat man mich gebeten, dies auch in Zukunft weiter zu tun und auszubauen. Im Übrigen macht mir die Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Kollegen sehr viel Spaß. Die ostdeutschen Innungen treffen sich in regelmäßigen Abständen und intensivieren die Zusammenarbeit auch auf anderem Gebiet. Erst vor kurzem, am 9.1.2004, hat in Magdeburg der 2. Ostdeutsche Zahntechniker-Gipfel stattgefunden. Ziel ist es, das ostdeutsche Zahntechnikerhandwerk auf die Veränderungen der Zukunft vorzubereiten. **ZT**

**ZT** Vielen Dank für das Gespräch.

## ZT Kurzvita



Carsten Müller

- Zahntechnikermeister und Betriebswirt des Handwerks
- geb. 11.5.1964 in Frankfurt am Main

- 1981–1985 Ausbildung zum Zahn-techniker im Dentallabor Kröly in Hannover
- 1986–1991 Tätigkeit im Dentalstudio Rolf Hermann, Düsseldorf
- 1991 Besuch der Meisterschule Düsseldorf mit erfolgreichem Abschluss
- 1992 Besuch der Akademie des Handwerks in Düsseldorf mit erfolgreichem Abschluss
- 1992 Gründung der Avantgarde Dentaltechnik in Leipzig (heute 48 Mitarbeiter)
- 1992 Moderatoren- und Referententätigkeit
- seit 2003 Pressesprecher der Kooperationsgemeinschaft der ostdeutschen Zahntechniker-Innungen